

# Calwer Tagblatt

Nr. 304.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

25. Jahrgang.

Veröffentlichungswelle: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Spalte 60 Hg. Reklamen 2.— Hg. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 9.

Mittwoch, den 29. Dezember 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Tragelohn 12.50 vierteljährlich. Postbezugspreis 12.50 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 3 Uhr vormittags.

## Die Entwaffnung der deutschen Festungen.

Berlin, 28. Dez. Die Botschafterkonferenz hat durch eine Note vom 17. November der deutschen Regierung mitgeteilt, daß nach ihrer Auffassung die Entscheidung der interalliierten militärischen Kontrollkommission in der Frage der Ausstattung der deutschen Festungen mit Artillerie dem Buchstaben wie dem Geiste der Artikel 162 bis 180 des Vertrags von Versailles entspreche, und daß sie diese Entscheidung nur bestätigen könne. Die Reichsregierung hat nun an die Botschafterkonferenz eine Note richten lassen, worin sie mitteilt, daß sie nicht anzuerkennen vermöge, daß die Entscheidung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages in Einklang steht. In der Begründung dieses Standpunktes hebt die Note hervor:

Nach dem Vertrag soll Deutschland das System der Befestigungswerte an seine Süd- u. Ostgrenze in dem Zustand vom 10. Januar 1920 und mit den Geschützen, die an diesem Tage die Bestimmung bildeten, behalten dürfen. Nach der Entscheidung der Kontrollkommission seien aber von den 14 Festungen an der Süd- und Ostgrenze Deutschlands 11 ihrer Geschütze beraubt und damit tatsächlich aus der Reihe der Festungen gestrichen. Von den übrigen drei festen Plätzen werde nur für Swinemünde die beantragte Zahl von Geschützen zugelassen. Für Pillau werden statt 75 nur 35 Kanonen bewilligt und Königsberg soll nur etwa 20 schwere Geschütze behalten. Die Entscheidung der Kontrollkommission verliert auch gegen den Geist des Vertrags, denn von dem System der Befestigungswerte, das Deutschland noch zu seinem Schutze gegen einen bewaffneten Einfall behalten sollte, bleibt darnach an der Südgrenze nichts, an der Ostgrenze nur ein gänzlich unzureichender Rest übrig. Trotz eindringlicher Vorstellungen hat sich die Botschafterkonferenz der Entscheidung der Kontrollkommission angeschlossen und die Kommission hat die Auslieferung der hiernach für überzählig geltenden Geschütze verlangt. Der deutschen Regierung steht kein Weg mehr zu Gebote, ihr Recht zur Geltung zu bringen. Sie muß sich der Entscheidung der Alliierten beugen, legt aber gegen die Verletzung des Vertrages nachdrücklich Verwahrung ein.

Die Note weist dann auf die seit dem Beschluß der Botschafterkonferenz wesentlich veränderte Lage an der deutschen Ostgrenze hin und führt aus: Wenn die dort liegenden festen Plätze sämtlich aller Verteidigungsmittel beraubt würden, so fehle die letzte Möglichkeit, einem eindringenden Gegner Widerstand zu leisten. Die deutsche Regierung bittet daher die alliierten Gegner, nicht darauf zu bestehen, daß Königsberg und Küstrin, sowie die Feste Bogen, die als vorgeschobene Posten dem ersten Ansturm des Gegners Stand zu halten haben werden, sofort entwaffnet werden. Sie bittet, ihr dafür bis zur Klärung der Verhältnisse im Osten Aufschub zu gewähren. Die Note teilt zum Schluß mit, daß die Befehle zur Ablieferung und Zerstörung aller übrigen Geschütze, soweit sie von der Kontrollkommission nicht genehmigt sind, am 16. und 20. Dezember ergangen sind.

## Zur äußeren Lage.

### Vorschläge oder Angebote.

In Brüssel hat Deutschland eine Denkschrift über seine Wirtschaftslage vorgelegt und durch den Reichsbankpräsidenten Havenstein erläutern lassen. In Paris hat man daraufhin Unzufriedenheit geäußert. Man habe Vorschläge erwartet; sie seien ausgeblieben. Auch von deutscher Seite ist dieser Vorwurf gegen die Reichsregierung gelegentlich wiederholt worden. Wenn Deutschland keine Vorschläge mache, meinten die fremden und heimischen Tabler, zwinge man die Verbandsmächte geradezu, einfach eine Summe zu bestimmen und sich selbst die „Bürgschaften“ zu verschaffen. Sollte man auf Deutschlands begrenzte Leistungsfähigkeit Rücksicht nehmen, so müsse Deutschland selbst angeben, wie viel und wie es das leisten könne; und wenn seine Finanzen zerrütet seien, so müsse es eben den Weg finden und zeigen, auf dem seine Arbeitskraft unmittelbar, ohne unerträgliche Belastung des Staates, nutzbar gemacht werden könne. Nicht Geldzahlung sei das wesentliche Bessere, was man draußen erwarte, sondern Teilnahme an dem gemeinsamen Aufbau, besonders der zerstörten Provinzen Nordfrankreichs. — Ist es wirklich so?

Geht man den Meinungen, namentlich Frankreichs, auf den Grund, so findet man, daß sie von Vorschlägen sprechen und ein Angebot meinen. Welches ist denn vom französischen Standpunkt gesehen, die Lage? Seine zerstörten Gebiete hat Frankreich schon heute zu mindestens Dreiviertel aufgebaut. Es braucht, um diese Arbeit zu vollenden, weder Rat noch Hilfe von Deutschland. Was es will, ist Erhebung der Kosten. Und sollten sich die französischen

## Die Gegensätze

auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete haben im letzten Jahre eine Verschärfung erfahren, die jeder Deutschempfindende aufs tiefste bedauern muß. Und das umso mehr, als draußen vor den Grenzen unseres Vaterlandes die Feinde nur auf den Augenblick warten, wo sie dem ausgehungerten, ausgeraubten und aufs schwerste mißhandelten deutschen Volke den Gnadenstoß seines gesamtstaatlichen Daseins geben können. Angesichts dieser dauernd drohenden Gefahr ist es oberste Pflicht jedes Organs der Öffentlichkeit, in unserem Volke das nationale Empfinden zu heben, aber auch das nationale Gewissen, d. h. das Pflichtgefühl gegen das Vaterland, zu schärfen. Gegenüber der Beobachtung dieses obersten Gebotes müssen alle einseitigen Interessen politischer und wirtschaftlicher Art soweit als möglich in den Hintergrund gedrängt werden.

Wenn das „Calwer Tagblatt“ bei Verfolgung dieses Zieles auch hier und dort auf Schwierigkeiten stößt, die aus der verschiedenartigen Zusammensetzung seines Leserkreises erklärlich sind, so weiß es sich doch mit der großen Mehrzahl seiner Leser eins, wenn es seine bisher streng durchgeführte neutrale Haltung auf innerpolitischem Gebiete beibehält, und die politischen Auseinandersetzungen den Partei-Zeitungen überläßt. Im Interesse der Befriedigung des gesamten Leserkreises ist die Schriftleitung aber stets bemüht gewesen den Nachrichtendienst des Blattes so zu gestalten, daß alle billigen Ansprüche befriedigt werden konnten. Ueber die wichtigsten Tagesfragen unterrichten jeweils klare und gediegene Leitartikel, in der Sonntags-Beilage, die Beiträge von nur guten Schriftstellern bietet, glauben wir, auch dem anspruchsvolleren literarischen Geschmack Rechnung tragen zu können, ebenso wie durch die einander zwanglos folgenden Erzählungen und Romane im Hauptblatt. In Zukunft soll der unterhaltende Teil auch noch durch besondere Beiträge erster schwäbischer Schriftsteller und Dichter über unsere engere und weitere Heimat bereichert werden. Dem lokalen Teil wird wie bisher sorgfältigste Aufmerksamkeit gewidmet werden, und wir werden unsere Bemühungen, in den Bezirksorten Mitarbeiter zu gewinnen, denen wie uns die Verständigung zwischen Stadt und Land am Herzen liegt, nicht aufgeben. :: :: :: :: :: ::

So wird auch im neuen Jahre die Haltung unseres Blattes von dem Bestreben geleitet sein, den nationalen Gedanken zu pflegen, und in steter Verfolgung dieses Zieles werden wir alle Erfolg versprechenden Versuche fördern, die eine Milderung der Klassen- und Wirtschafts-Gegensätze herbeizuführen geeignet sind. In diesem Sinne bitten wir auch fernerhin um die wohlwollende Unterstützung unserer Bestrebungen durch alle Bevölkerungskreise in Stadt und Bezirk. :: :: :: :: :: ::

Verlag und Schriftleitung  
des „Calwer Tagblatt“

Sachverständigen wirklich nicht zutrauen, hinsichtlich der Zahlungsart ihrerseits Vorschläge zu machen? Sie tun es nicht, weil sie wissen, was wir uns ebenfalls sagen sollten: daß es im Ergebnis gar kein beträchtlicher Unterschied ist, ob man die Gesamtheit dessen, was Deutschland hergeben soll, in Sachleistungen oder Geldleistungen ausdrückt. Auf den Betrag kommt es an. Verpflichtet sich der Staat auf eine Geldschuld, so kann er sie unter allen Umständen nur in Gestalt von Waren entrichten; verpflichtet er sich auf die Leistungen von Waren, so muß er diese Waren seinen Staatsangehörigen bezahlen. Die Summe der Abgabe bleibt dieselbe. Frankreich will, aus begreiflichem Grunde, daß Deutschland eine solche Summe nenne, gleichviel ob sie in Milliarden oder in Leistungsangeboten ausgedrückt ist. Denn damit hätte Deutschland mindestens ein ge-

wisses Maß seiner Zahlungsfähigkeit zugegeben. Ein solches Angebot herauszubringen, ist der Sinn des Verlangens nach „Vorschlägen“.

## Die nächste Sitzung des Völkerbundsrats.

Genf, 26. Dez. (Priv.-Tel.) Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Rat des Völkerbundes den Vertreter Brasiliens da Cunha mit der Einberufung und Leitung der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates beauftragt, die bekanntlich Anfang Februar in Genf stattfinden soll, um über die Ausführung der Beschlüsse der Genfer Versammlung zu beraten. (Frf. Z.)

## Wirtschaftskrise in Belgien.

Aus Brüssel kommen alarmierende Nachrichten über das fast plötzliche Einsetzen einer ökonomischen Krise in Belgien, die trotz aller Regierungsmaßnahmen mit jedem Tag größere Fortschritte macht. Die Krise breitet sich hauptsächlich in den industriellen Bezirken von Gent, Berviers, Antwerpen und im Hennegau aus. In Gent sind bereits 10 000 Weber ohne Arbeit. Mehrere Stahlwerke sind daran, ihren Betrieb auf einen Monat stillzulegen. In Couillert wurden bereits zwei Hochöfen ausgeblasen.

## Abbruch der russisch-polnischen Verhandlungen.

Paris, 28. Dez. Nach einer Meldung des „Exchange Telegraph“ sind die Verhandlungen zwischen der russischen und der polnischen Delegation abgebrochen worden. Toffe habe erklärt, daß die internationale Lage Rußlands jetzt so günstig sei, daß die Klauseln des mit Polen abgeschlossenen Vertrags nicht mehr den Charakter der Notwendigkeit hätten und daß Rußland gezwungen sei, die polnischen Kriegsgefangenen nicht in ihre Heimat zurückkehren zu lassen. Sie würden jetzt in Rußland beschäftigt werden.

## Die Vorgänge in Fiume.

Rom, 28. Dez. Wie die Agencia Stefani mitteilt, entbehren alle Gerüchte über nichtordnungsmäßiges Verhalten der Regierungstruppen vor Fiume jeder Grundlage. Die Truppen machen von den Waffen nur im Falle der äußersten Not Gebrauch. Die Neuierungen der Verwundeten gehen einstimmig dahin, daß die Regierungstruppen die ihnen erteilten Befehle, Beschädigungen von Eigentum und Personen soweit nur möglich zu vermeiden, aufs genaueste befolgen. Aus der Luft gegriffen sind auch die von Fiume aus verbreiteten Gerüchte, daß Abteilungen der Regierungstruppen gemeutert hätten. Die Manneszucht der Regierungstruppen ist ausgezeichnet.

Rom, 28. Dez. (Agencia Stefani.) Heute Vormittag sind der Leiter der nationalen Verteidigung von Fiume, Venturi, und der Bürgermeister von Fiume in Abbazia mit dem General Ferrario zusammengetroffen. Da die beiden Delegierten der Regentenschaft die Verhandlungen eröffnen wollten, ohne sich über ihre Stellung zum Vertrage von Rapallo zu erklären, brachte General Ferrario in unzweifelhafter Weise zum Ausdruck, daß vollständige und rückhaltlose Anerkennung des Vertrages die unerlässliche Vorbedingung jeglicher Unterhandlung sei. Die Delegierten waren anscheinend von der Erheblichkeit dieser Frage überzeugt und erbat die Anberaumung eines neuen Zusammentreffens für den Nachmittag, um die Möglichkeit zu Beratungen in Fiume zu haben. Die von den Delegierten erbetene Unterbrechung wurde bewilligt.

Rom, 27. Dez. Nach einer „Stefani“-Meldung haben die Truppen vor Fiume bisher etwa 30 Tote und 100 Verwundete gehabt. Die Legionäre haben 4 Brücken auf der Seite von Recina gesprengt. In der Stadtratssitzung gab der Bürgermeister der besorgten Stimmung der Bevölkerung infolge der Ereignisse bei Fiume Ausdruck und schlug vor, die Sitzung zum Zeichen der Trauer aufzuheben und auf dem Kapitol eine Trauerfahne zu hissen. Sein Antrag wurde unter lauten Kundgebungen aus der Versammlung und von der Tribüne angenommen.

Triest, 27. Dez. Der Bürgermeister von Fiume hat den Befehlshaber der Division von Abbazia um eine Zusammenkunft ersucht, welche auf den 28. vormittags festgesetzt worden ist. Hier sind an Leichtverwundeten 5 Offiziere und 78 Soldaten, darunter ein Offizier und ein Soldat aus Fiume, angekommen.

Rom, 28. Dez. Die Zeitungen erfahren, daß Ministerpräsident Giolitti Vertreter verschiedener Kammergruppen empfangen habe, welche Auskünfte über die Ereignisse von Fiume erbeten hätten und daß Giolitti die übertriebenen Gerüchte von Toten und Verwundeten Lügen gestraft habe mit dem Hinzufügen, es sei der Befehl erteilt worden, Blutvergießen möglichst zu vermeiden. Er bestritt auch, daß Artillerie auf Privathäuser geschossen habe und legte dar, man müsse das Vorgehen gegen Fiume beschleunigen, um einem Einschreiten vom Ausland her zuvorzukommen. Die Abgeordneten erklärten nach dieser Unterredung, sie hielten das Verfahren der Regierung für gerechtfertigt.

erkauf  
Vorheim  
Hermühlgasse 1  
am  
Dezember

mit unferent  
rtouf  
und machen  
n, daß sich die  
Wäschewaren  
niemand, von  
s 9 bis 1 Uhr  
Bl. Dezember  
mittags 9 Uhr  
schaftsband

Strümpfe  
hiler, Calw.

Wahreswunsch!  
ger, solider, strebsamer  
er, 25 Jahre alt, mit  
Eripartem, wünscht  
inem Mädchen vom  
bekannt zu werden,  
späterer  
Heirat.  
rat in kleine Land-  
ast bevorzugt. Angeb.  
L. 298 an die Ge-  
stelle ds. Bl.

Seefische  
bebau (ohneKopf)  
empfeht  
annkuch&Co.

Watsmädchen  
ausarbeit täglich bei  
Bezahlung gesucht  
Schoffstr. 453 II L

Arzzeugle  
ter  
hiler, Calw.

nder  
Märkte des  
hbarbezirke  
Blattes das Stück  
lich.

Bezieher.  
werden  
hnungen  
blatt“  
usgestellt und

er Tagblattes.“



## Ausland.

### Das Befinden der Kaiserin.

Amsterdam, 29. Dez. Wie aus Haus Doorn über das Befinden der Kaiserin mitgeteilt wird, traten in den letzten Tagen erneut durch Herzleiden hervorgerufene Anfälle und Atemnot von wechselnder Stärke auf. Wenn auch die Kaiserin infolge ihrer zähen Konstitution diese Anfälle bisher überwinden konnte, so wird doch die Widerstandskraft, zumal bei der unzureichenden Nahrungsaufnahme, sichtlich geringer.

### Deutschlands Haltung in der Tiroler Frage.

Rom, 25. Dez. Die „Epoca“ polemisiert von neuem gegen die deutsche Regierung wegen der Erklärungen des Reichsanzlegers, des Ministers des Aeußern und des Abgeordneten Trimbom gegenüber der Tiroler Abordnung. Das Blatt verlangt eine klare Erklärung der deutschen Regierung gegenüber Italien und findet die wiederholte öffentliche Desavouierung des deutschen römischen Votstafers wegen seiner Haltung in der Tiroler Frage unanständig. Es sei dringend notwendig, daß die deutsche Vertretung in Rom das erforderliche äußere Ansehen zur Erfüllung ihrer delikaten Aufgabe besitze. Sollte Berlin Änderungen oder eine Abberufung beabsichtigen, so werde man den neuen Exponenten alledeutsch. r. Ideen mit größtem Mißtrauen aufnehmen. (Hrft. 3.)

### Zum Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland.

Dr. Schönerer sprach sich einem Vertreter des „Neuen Wiener Tagblatts“ gegenüber über den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland aus. Unsere eigenen Sorgen und Nöte haben uns für die Leiden unserer österreichischen Stammesbrüder nicht unempfindlich gemacht und gerade die letzten Berichte der maßgebenden Persönlichkeiten in Oesterreich über die traurigen Verhältnisse, unter denen der österreichische Staat zur Zeit sein Leben fortfrisst, haben uns mit aufrichtiger Teilnahme für unser Brudervolk erfüllt. Sie werden in uns den immer dringlicher werdenden Wunsch, daß das österreichische Volk diese schwere Zeit bald überwunden haben möge. In seiner heutigen Bedrängnis kann es Zuversicht für die nächste Zukunft aus der Tatsache schöpfen, daß wir nie aufhören werden, uns mit den österreichischen Brüdern eins zu fühlen.

### Ein Notzettel

#### der österreichischen Staatsangestellten.

Wien, 28. Dez. Wie die Korrespondenz verzog meldet, hat der Zentralverband der österreichischen Staatsangestelltenvereinigen in seiner Sitzung vom 27. Dezember einstimmig beschlossen, mit Rücksicht auf die bis auf äußerste gestiegene Notlage der Staatsangestellten und insbesondere auf die geradezu verheerende Wirkung der in der letzten Zeit in Oesterreich heringebrochenen zunehmenden Teuerungswelle an die österreichische Sektion der Reparationskommission mit der dringenden Forderung heranzutreten, hier raschestens helfend einzugreifen. In den Gründen wird u. a. auf die schlechte finanzielle Lage des Staates hingewiesen, wobei betont wird, daß dem Hunger der Staatsangestellten tatsächlich leere Kassen gegenüberstehen und daß die Gefahr besteht, daß die Verwaltung des Staates ohne Verschulden der Angestellten demnächst zusammenbrechen müsse, was gleichbedeutend mit dem Ende dieses Staates sein müßte. Die Staatsangestellten Oesterreichs wollen durch diesen nicht gewöhnlichen Schritt die alliierten Mächte darauf aufmerksam machen, welche Gefahr nicht nur Oesterreich, sondern auch bei dessen Zusammenbruch den übrigen Staaten droht und hoffen von der Einsicht der Vertreter der Ententemächte rascheste Abhilfe.

### Uebereinkommen zwischen Deutschland u. Holland.

Haag, 28. Dez. Heute hat im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten die Ratifikation des zwischen den Niederlanden und Deutschland abgeschlossenen Abkommens betreffend die Gewährung von Krediten und die Ausfuhr von Kohle stattgefunden.

### Der Kampf in Irland.

Dublin, 28. Dez. (Reuters.) Nach einer Mitteilung der Militärbehörden überraschten gestern früh Regierungstruppen eine große Anzahl Personen bei einem Tanzergnügen in der Nähe von Druff in der Grafschaft Limerick. Mehrere Teilnehmer waren bewaffnet und empfingen die Truppen mit Schüssen. Ein Polizist wurde getötet. Durch das Feuer der Truppen wurden fünf Angreifer getötet. 136 Personen wurden verhaftet.

### Kleine politische Nachrichten.

Prag, 28. Dez. Die französische Regierung hat der tschechoslowakischen Regierung mitgeteilt, daß sie den Chef der französischen Militärmission in Prag und Chef des Generalstabs der tschechischen bewaffneten Macht, General Belle, zum französischen Oberkommissar in Konstantinopel zu ernennen beabsichtigt. Infolgedessen werde General Belle am 1. Januar Prag verlassen.

Tours, 28. Dez. In der gestrigen Vormittagsitzung des sozialistischen Parteitagess sprach der Deputierte Blum für die rechtslebenden Sozialisten. Er erklärte, jetzt müsse man frei bekennen, ob man die Dritte Internationale annehmen könne oder nicht. Man solle, bevor man sich trenne, sich das Wort geben, in Zukunft sich nicht wie Feinde zu behandeln, sondern wie Freunde, die zwar augenblicklich voneinander getrennt seien, die aber vielleicht eines Tages wieder ein gemeinsames Heim miteinander gründen könnten. Nach Blum sprach Rappaport für den Anschluß an Moskau.

Paris, 28. Dez. Nach einer Habas-Meldung aus Konstantinopel rückt die zweite bolschewistische Armee gegen Georgien vor. An der Grenze würden starke bolschewistische Streitkräfte zusammengezogen.

London, 28. Dez. Die Wälder demontieren die Pariser Meldung, daß der König von England anfangs Januar Verbun besuchen werde.

Moskau, 23. Dez. Bei Eröffnung des 8. allrussischen Kongresses der Arbeiterräte sprach sich Kallinin in der Eröffnungsansprache über die internationale Lage Sowjetrusslands aus, die sich durch die Siege so gebessert habe, daß die westeuropäischen Regierungen mit Rußland Beziehungen anzuknüpfen suchen. Die innere Lage habe sich ebenfalls gebessert. Der Sowjetregierung ständen ge-

## Ämtliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung

betr. Erhöhung der Beiträge zur Invalidenversicherung. Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß mit Wirkung vom 20. Dezember 1920 ab die Beiträge zur Invalidenversicherung auf den doppelten Betrag festgesetzt sind.

Die Wochenbeiträge berechnen sich demnach wie folgt:

Lohnklasse I	bisher 0,90 M	jetzt 1,80 M
II	1,— M	2,— M
III	1,10 M	2,20 M
IV	1,20 M	2,40 M
V	1,40 M	2,80 M

Die Postämter verkaufen die Marken bis auf Weiteres zum doppelten Nennwert.

Die Zufahrmarken werden, wie bisher, zum einfachen Nennwert abgegeben.

Calw, den 27. Dezember 1920.

Versicherungsamt: Bögel, Amtn.

waltige Aufgaben bevor. Die Wirtschaft des Landes müsse gehoben werden. Gleichzeitig müßten die Interessen der Kleinbauernwirtschaft gewahrt werden. Auf Vorschlag der kommunistischen Fraktionen wurde das Präsidium einstimmig gewählt. Der Kongreß beschloß, einen Gruß an die Rote Armee, an das französische Proletariat und an die Sowjetrepubliken, die in der Räteföderation aufgehen, zu schicken. Lenin erstattete darauf den Bericht über die internationale Lage Sowjetrusslands. Er führte u. a. aus: Wir wissen alle, daß die polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten unter dem Drängen der kapitalistischen Westeuropas uns den Krieg aufgezwungen haben. Zur Zeit hat der Krieg sein Ende gefunden. Die Zahl der Reiche, die mit uns Frieden geschlossen haben, wächst andauernd. Man kann sagen, daß der endgültige Frieden mit Polen in der nächsten Zeit bestimmt abgeschlossen wird. Unsere zeitweiligen Niederlagen im Kriege mit Polen rührten davon her, daß wir gezwungen waren, gegen Brangel zu kämpfen, der von Frankreich anerkannt war und von den Westregierungen unerhörte Unterstützungen erhielt. Wir können uns mit vollem Verußtsein an das Werk des wirtschaftlichen Aufbaues machen. Wir müssen jedoch immer auf der Hut sein. Die Kriegsbereitschaft müssen wir auf jeden Fall bewahren, um uns vor Ueberfallsmöglichkeiten zu sichern. Wir müssen die Kriegsbereitschaft des Landes heben. Unsere Friedensbereitschaft hat man früher als Schwäche ausgelegt.

## Bermischtes.

### Gegen die Belästigung von Reisenden.

Die Eisenbahndirektion München schreibt: Das Verbot, in den Eisenbahnzügen Gegenstände feilzubieten, Druckachen zu verbreiten, Schaustellungen und Vorträge abzuhalten, Geld einzusammeln, wird in letzter Zeit häufig nicht beachtet. Zur Hintanhaltung von Belästigungen der Reisenden ist dem Personal eingeschärft worden, dem geringsten Unwesen mit allem Nachdruck entgegenzuwirken und Zuwiderhandelnde unmissverständlich anzugehen. Eine Ausnahme darf auch nicht Personen gegenüber gemacht werden, die sich als Kriegsbeteiligte ausgeben, um Beanstandungen seitens des Eisenbahnpersonals zu entgegen. Leider wird von den Volkzugsorganen die Ausübung der Bahnpolizei nicht selten durch Einmischung unersuner Elemente erschwert. Die Eisenbahndirektion richtet daher an das einsichtige Reisepublikum die Mahnung, die im Interesse der Ordnung in den Zügen getroffenen Maßnahmen möglichst zu unterstützen.

### Peitschenhiebe und Zwangsarbeit für Schmuckspekulant.

Die englischen Behörden gehen jetzt mit aurer Strenge gegen die Verbreiter pornographischer (unsittlicher) Schriften vor. So wurden vor dem Londoner Gerichtshof zwei jüngere Personen abgeurteilt, die angeklagt waren, auf den Straßen Schmuckkarten und Schriften verkauft zu haben. Beide wurden zu der ungewöhnlichen Strafe von 25 Peitschenhieben und 9 Monaten Zwangsarbeit verurteilt. Der Richter Lawie bedauerte bei der Verkündung des Urteils, daß er die Vurschen nicht noch härter bestrafen konnte. (Auch für Deutschland nachahmenswert.)

### Einigkeit unter den Indern.

Zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft in Indien hat die englische Politik Jahrhunderte hindurch die religiösen Gegensätze zwischen Hindus und Mohammedanern in geschickter Weise ausgenutzt. Das ist jetzt nicht mehr möglich, denn das Bewußtsein, daß beide einen gemeinsamen Feind haben, hat die Gegensätze überbrückt, und wie in Ägypten die heftigsten Kopten die islamitischen Freitagsgottesdienste besuchen (und umgekehrt), so sind in Indien heute Hindus und Mohammedaner ein Herz und eine Seele. Das ist überzeugend dargetan worden bei den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Hindu-Führer Bal Gangadhar Tilak, denen mehr als eine halbe Million Menschen, Hindus und Mohammedaner, beiwohnte. Sie fanden in Bombay am 1. August statt, dem Tage, an dem durch Beschluß des indischen Nationalkongresses jede Zusammenarbeit mit der britischen Verwaltung im ganzen Lande eingestellt wurde, unter Boykott-Bewegung gegen alle englischen Waren, Einstellung der Tätigkeit aller Rechtsvertreter, Weigerung, sich für die indische Armee anwerben zu lassen, Verweigerung der Steuerzahlung und Rückgabe aller britischen Auszeichnungen und Ehrentitel. Tilak hätte, da er zur Brahmanenaste gehört hatte, nur von Brahmanen zum Verbrennungsplatz getragen werden dürfen. Ueber diese durch Jahrtausende geheiligte Anschauung setzten sich die Führer der beiden Religionen hinweg; der Leiche des toten Führers wurde sowohl von Hindus wie von Anhängern des Islams die letzte Ehre erwiesen. Eine einzigartige Tatsache in der Geschichte der starrgläubigen indischen Völker, die mehr als Worte beweist, daß für den Briten die Zeiten dahin sind, wo er ein gewaltiges Land nach dem altrömischen Grundsatz: Teile und herrsch! unterjocht halten kann.

## Deutschland.

### Ententens'e über die Polizeiwahren.

Berlin, 28. Dez. Die interalliierte militärische Kontrollkommission hat unter dem 23. Dezember eine Note an das Auswärtige Amt gerichtet, worin sie sich von der Art wie die Reorganisation der Polizei ausgeführt worden ist, nicht befriedigt erklärt.

W. B. bemerkt dazu: Da die Reorganisation nach einem Plan erfolgt ist, der bis ins Einzelne im Einvernehmen mit der Kontrollkommission aufgestellt wurde, muß angenommen werden, daß Mißverständnisse vorliegen. Das Auswärtige Amt ist damit beschäftigt, diese Mißverständnisse aufzuklären.

### Optimistische Ansicht von Dr. Cornik.

Berlin, 28. Dez. Der amerikanische Senator W. Cornik hat gestern abend Berlin verlassen und sich zunächst nach Coblenz begeben. Vor seiner Abreise hat er dem hiesigen Amerika-Institut einen Besuch abgestattet. Während dieses Besuchs sprach er sich, wie die „B. Z.“ am Mittag“ berichtet, über die Aussichten der deutsch-amerikanischen Beziehungen günstig aus und sagte sein Urteil über die allgemeine Lage in die Worte zusammen: Am Ende des Tunnels kann man Licht sehen. Zur Erreichung einer Annäherung zwischen den beiden Staaten hält Dr. Cornik besonders auch die gegenseitigen Besuche der Hochschulen für die Studenten sehr wichtig. Er meinte, daß mit Rücksicht auf die Valutaverhältnisse in Amerika den deutschen Studenten sehr entgegengekommen werden müsse, etwa durch Errichtung von Dollar-Stipendien.

### Gehaltszahlung an die Beamten.

Berlin, 28. Dez. Die Reichsfinanzverwaltung hat Anordnung getroffen, daß die nächste Gehaltszahlung an die Beamten nicht erst anfangs Februar, sondern bereits vom 20. Januar ab erfolgt, damit nicht mehr als ein Monat seit der vor Weihnachten erfolgten Zahlung des Januargehalts verstrichen ist. Wegen der von den Organisationen der Reichsbeamten und Reichsarbeitern gestellten neuen Forderungen soll unverzüglich nach Neujahr im Reichsfinanzministerium vor Eintritt in Verhandlungen eine Aussprache über die Gesamtsituation mit Vertretern der beteiligten Kreise stattfinden. Sonst verbreitete Nachrichten über angebliche Beschlüsse der Staatssekretäre der Reichsministerien übergehen der Begründung.

Berlin, 28. Dez. Heute nachmittag sollte der Sechzehnerausschuß der vier Eisenbahnerverbände zusammentreten, um die Befolgungsfrage der Eisenbahner nochmals zu erörtern und weitere Schritte zur Durchsetzung der Beamtenforderungen zu beschließen. Vormittags fuhren die Staatssekretäre sämtlicher Reichsminister in einer Besprechung über die Befolgungsfrage den Beschluß, die Vorauszahlung der Gehälter zu einer ständigen Einrichtung zu machen, oder, wenn formale Gründe dagegen vorliegen sollten, die Auszahlung, die am 15. Dezember erfolgte, als eine Art Weihnachtsgratifikation zu statuieren. In jedem Fall sei die Regierung bereit, den Beamten in irgend einer Form Zugeständnisse zu machen.

### Die deutschen Beamten nehmen Stellung gegen Kor. antig.

Deuthen i. O., 28. Dez. Die Beamten der preussischen Berginspektion Wilschowitz erhoben Einspruch gegen das Rundschreiben Korfanths an die Beamten der staatlichen Gruben und Hütten, in dem er unter Vorpiegelung zweifelhafter Versprechungen versucht, die genannten Beamten in das Lager der Polen hineinzuziehen. Die Beamten erblickten in diesem Versuch zum Bruch des Treueids eine schwere Beleidigung und lassen sich in ihrer treudeutschen Gesinnung nicht durch die anmaßenden Drohungen beirren.

### Bombenattentat in Oberschlesien.

Oppeln, 28. Dez. In Bogtsdorf wurde heute gegen den Laden eines Kaufmanns ein schweres Bombenattentat verübt. Plötzlich flog gegen die Ladentüre ein schwerer Gegenstand. Beim Öffnen des Ladens explodierte eine Bombe. Sieben Personen wurden verletzt, davon drei schwer. Ärzte und Abstreifungspolizei trafen an Ort und Stelle ein. Die Verfolgung der Täter ist ergebnislos geblieben. Gegen den Geschäftsinhaber wurden schon seit Tagen Drohungen laut.

In Oppeln herrscht heute angesichts einer für heute abend einberufenen Polenversammlung große Aufregung.

### Drohender Streik.

Wie dem „Vorwärts“ aus Halle berichtet wird, fand dort am Donnerstag eine Konferenz der Vertrauensleute sämtlicher im Braunkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter für Mitteldeutschland statt. In einer Entschließung an die in Betracht kommenden Ministerien wurde einmütig zum Ausdruck gebracht, daß der Streik für ganz Mitteldeutschland proklamiert werde, wenn die eingereichten Forderungen bis zum 15. Februar keine Erledigung finden sollten.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 29. Dezember 1920. Calw. (Deutsche Kinderhilfe.) Anlässlich einer Schulweihnachtsfeier in Schmied wurde eine Sammlung zu Gunsten der „Deutschen Kinderhilfe“ veranstaltet. Diese ergab die schöne Summe von 500 Mark. — Ebenso wurde für denselben Zweck in Emberg eine Sammlung eingeleitet. Das Ergebnis derselben waren 250 Mark. Gaben für einen so wichtigen Zweck gegeben, werden nicht ungegnet bleiben.

(S. B.) Calw, 27. Dez. (Verfütterung von Haffer.) Bisher war die Verfütterung des selbstgebauten Haffers ohne Beschränkung freigegeben in der Voraussetzung, daß die über den Eigenbedarf hinaus geerntete Menge alsbald zur Deckung des öffentlichen Bedarfs abgeliefert oder auf Bezugschein verkauft wird. Da diese Voraussetzung sich nicht erfüllt hat, wird zur Deckung des dringendsten Bedarfs eine Mindestmenge auf die einzelnen Länder umgelegt. Um diese Umlage sicher zu stellen, wird die bisher unbefristete Erlaubnis zur Verfütterung im eigenen Betrieb insoweit eingeschränkt, als zur Erfüllung der Mindestablieferungspflicht erforderlich ist.



## Wäckeren.

Historische Kontrollen  
eine Note an das  
der Art wie die  
den ist, nicht be-

ation nach einem  
vernehmen mit der  
angenommen wer-  
swartige Amt ist  
ullären.

## Cornik.

Major von Cornik  
zunächst nach Cob-  
hiesigen Amerita-  
d dieses Besuches  
berichtet, über die  
ingen günstig aus-  
ge in die Worte  
Licht sehen. Zur  
iden Staaten hält  
Besuche der Hoch-  
ante, daß mit Rück-  
den deutschen Stu-  
etwa durch Erri-

## Amten.

ung hat Anordnung  
Beamten nicht erst  
ar ab erfolgt, damit  
elbachten erfolgten  
egen der von den  
arbeitern gestellten  
yr im Reichsfinanz-  
e Aussprache über  
den Kreise statisti-  
sche Beschlüsse der  
er Begründung  
e der Sechzehner-  
entretten, um die  
zu erklären und  
ensforderungen zu  
kretäre sämtlicher  
die Befoldungs-  
Gehälter zu einer  
formale Gründe  
am 15. Dezember  
zu statuieren. In  
eamten in irgend

## Stellung gegen

preußischen Berg-  
das Rundschreiben  
en und Hütten, in  
rechnungen versucht,  
hineinzuziehen. Die  
des Treueids eine  
deutschen Gesinnung

## Lesen.

heute gegen den  
enattentat verübt.  
werer Gegenstand.  
be. Sieben Per-  
erzte und Ab-  
ein. Die Versol-  
gen den Geschäfts-  
aut.  
er für heute abend  
ung.

ird, fand dort am  
ute sämtlicher im  
Mitteldeutschland  
kommenden Mini-  
daß der Streik für  
a die eingereichten  
ung finden sollten.

29. Dezember 1920.  
äßig einer Schul-  
ammlung zu Gunsten  
e ergab die schöne  
denjenigen Zweck in  
Ergebnis derselben  
gen Zweck gegeben,

ung von Ha-  
stgebauteu Haisers  
ussetzung, daß die  
enge alsbald zur  
oder auf Bezugs-  
g sich nicht erfüllt  
arfs eine Mindest-  
Um diese Umlage  
te Erlaubnis zur  
eingeschränkt, als  
erforderlich ist.

Calw. In Stuttgart ist das neue Mehl an die Wäcker aus-  
gegeben worden. Das Stuttgarter Städtische Nachrichtenamt teilt  
hierüber mit: Seit letzten Dienstag erhalten die Wäckerien und  
Mehlhandlungen das neue Brotmehl, das aus 85prozentigem Weizen-  
mehl, 85prozentigem Roggenmehl und 75 prozentigem Gerstenaehl,  
sowie zu 10 Prozent aus nieder ausgemahlenem Maismehl besteht.  
Trotz des Zujages von Streckungsmitteln, der bei der schlechten  
Mehlversorgung nicht umgangen werden kann, ist das so gemischte  
Mehl infolge der 5- bzw. 10prozentigen Herabsetzung der Ausmahl-  
ung erheblich besser als das bisherige.

Da wohl alle Wäckerien ihre geringen Vorräte an Mehl früherer  
Ausmahlung nunmehr verbraucht haben, muß das Brot jetzt in sämt-  
lichen Wäckerien Groß-Stuttgarts wieder einheitlich und von guter  
Qualität sein.

Wiederholt und nachdrücklich wird darauf hingewiesen, daß die  
Wäckerien das Mehl nur in der Zusammensetzung verwenden dürfen,  
wie es ihnen von der Stadt geliefert wird, und daß auch zu den  
erlaubten Kleinstücken, zu Obsttuchen und zu geröstetem Zwiebad  
nur Brotteig verwendet werden darf. Wegen Verschlingungen gegen  
diese Vorschrift sind in letzter Zeit wiederholt Betriebsschließungen  
verfügt worden und es wird auch künftig mit aller Schärfe dagegen  
vorgegangen werden.

(S.W.) Calw, 27. Dez. (Pferdeversteigerungen  
durch die Heeresverwaltung) Aus nichtlandwirtschaft-  
lichen Kreisen wird uns geschrieben: In den letzten Wochen wurden  
sowohl in Ulm als auch in Ludwigsburg Pferde aus den Ver-  
ständen der Heeresverwaltung versteigert. In den nächsten Mo-  
naten werden weitere Versteigerungen folgen. Bekanntlich hat die  
Art des Verkaufs von Heerespferden schon recht viel böses Blut  
gemacht. Wie viele Pferde der Heeresverwaltung sind schon verkauft  
worden an Personen, die weder Pferde während des Krieges an  
die Heeresverwaltung abgegeben haben, noch selbst oder deren nächste  
Angehörige Heeresdienst geleistet haben. Demgegenüber sind Leute,  
die im Jahr 1914, wo die Pferde an die Heeresverwaltung be-  
kanntlich zu einem sehr bescheidenen Preise abgegeben werden muß-  
ten und selbst 4 Jahre lang ununterbrochen Heeresdienst geleistet  
haben, bis jetzt vollständig leer ausgegangen. Andere haben nicht  
nur ein, sondern schon mehrere Pferde von der Heeresverwaltung  
bekommen, obwohl sie kein oder nur ein Pferd abgegeben haben.  
Daß unter solchen Umständen die Erbitterung groß ist, ist klar. Wer  
nun in den letzten Tagen Gelegenheit hatte, den Pferdeversteigerun-  
gen in Ulm anzuhäufigen, der konnte sich ein Bild machen, wie es  
eigentlich zugeht. Wiederholt haben die zuständigen Behörden be-  
kannt gegeben, daß an den Versteigerungen nur Personen zugelassen  
seien, die im Besitze einer Pferdekarte der Landwirtschaftskammer  
oder des Oberamts seien. Bedauerlicherweise scheinen die Ober-  
ämter ganz plan- und urteillos solche Bescheinigungen ausgestellt  
zu haben. Denn bei den betreffenden Versteigerungen hatte man  
mehr Handelsleute aus den Oberämtern Laupheim und Wiberach  
sehen können, als kauflustige Landwirte und Leute, die selbst feiner-  
zeit Pferde abgeben mußten. Man hat allerdings auch gehört, daß  
Landwirte, die Bescheinigungen der Oberämter gehabt haben, diese  
an Händler und dergl. um einige 100 Mark verkauft hätten. Ob der  
Händler nur ausgesprochener Pferdehändler ist oder ob er nur ge-  
legentlich mit Pferden handelt, ist gleichgültig. Kein Händler sollte  
zu den Versteigerungen zugelassen werden, ebenso auch keine Metzger  
und Landwirte, die entweder schon Pferde von der Heeresverwal-  
tung bekommen haben oder die gar keine Pferde an die Heeresver-  
waltung abgegeben haben. Vielleicht ist es den zuständigen Behör-  
den noch möglich, für die nächsten Versteigerungen schärfere Rich-  
linien zu ziehen und vor allem auch sachlich gerecht durchzuführen.  
Den Oberämtern sollte zur besonderen Dienstpflicht gemacht werden,  
daß die Gesuche um Ausstellung diesbezüglicher Bescheinigungen  
mehr geprüft werden als bisher und daß vor allem die Ortsvorsteher,  
den Oberämtern über das Vorliegen der vorgeschriebenen Vor-  
aussetzungen streng sachlich berichten. Gerade daran scheint es viel-  
fach zu fehlen.

Calw, 27. Dez. (Die Typhusepidemie im Wil-  
helmsstift.) Die Typhusepidemie im Wilhelmsstift in Tübingen  
hat im katholischen Volk Württembergs große Erregung und  
schmerzliche Trauer ausgelöst. In der „Zps- und Jagstztg.“ nimmt  
Gymnasialrektor Steinhilber das Wort. Er schreibt: Es ist be-  
greiflich, wenn sich die öffentliche Meinung mit der Feststellung der  
Regierung, daß die Ursache der Epidemie in der Person einer im  
Hause angestellten Bazillenträgerin entdekt und jede weitere Ge-  
fahr behoben sei, nicht beruhigen will und aufs lebhafteste die Frage  
einer anderweitigen Unterbringung der jungen katholischen Theolo-  
gen erörtert. Von den Plänen, die dabei austauschen, müssen alle  
dieserigen von vornherein als verfehlt zurückgewiesen werden, die  
eine dauernde Verlegung der kath. theologischen Fakultät von der  
Landesuniversität anstreben. Hierher gehört auch der Vorschlag,  
die Insassen des Wilhelmsstifts in die freigewordene Unteroffiziers-  
schule in Ellwangen zu verpflanzen und so die alte Herrlichkeit der  
ehemaligen Friedrichs-Universität in Ellwangen (1812-17) nach  
mehr als 100 Jahren wieder erstehen zu lassen. Der Wille der  
deutschen Katholiken, auch in wissenschaftlicher Beziehung den öf-  
fentlichen Wettbewerb mitzumachen, bekundet sich am deutlichsten in  
der Forderung, daß die kath. Theologie in den Organismus der  
staatlichen Universitäten eingestellt bleibt. Wenn es sich darum han-  
delt, für unsere Theologen infolge der bedauerlichen Zustände im  
Wilhelmsstift eine andere Heimstätte zu suchen, so könne ihre Unter-  
bringung außerhalb der Landesuniversität nur als vorübergehender  
Notbehelf in Betracht kommen. Das Endziel muß bleiben, entweder  
das Wilhelmsstift endlich in einen gesundheitlich einwandfreien Zu-  
stand zu bringen oder aber unseren kath. Theologen auf der Univer-  
sität ein anderes, wenn auch bescheidenes, aber schönes und gesundes  
Heim zu verschaffen.

## Eine Verkehrsvereinfachung.

Die Beschränkung, wonach für den Verkehr aus und nach frem-  
den Ländern Postaufträge und Nachnahmen auf eingeschriebenen  
Briefsendungen vorübergehend nur bis 100 M. oder den Gegenwert  
von 100 M. zugelassen waren, ist aufgehoben worden. Ferner wird

bei der Annahme von gewöhnlichen und telegraphischen Postanwe-  
sungen nach dem Ausland der Nachweis über Inhalt und Zweck  
des Geschäftes, auf das sich die Zahlung bezieht, fortan erst bei  
Beträgen von 3000 M. an gefordert.

## Für Rentenempfänger.

Sämtliche Empfänger von Invaliden- (I), Kranken- (K), Alters-  
(A), Witwen- (W), Witwenkinder (WK)-Renten, die seither schon  
eine Zulage bezogen haben, erhalten ab 1. Januar 1921 eine weitere  
fortlaufende monatliche Beihilfe von 40 M. zu den bisherigen Be-  
zügen. Die Empfänger von Waisenrenten (O), für die auch eine  
Zulage angewiesen ist, eine weitere Beihilfe von 20 M. für jedes  
Waisenkind. Der Rentenbetrag, die seitherige Zulage und die neue  
monatliche Beihilfe sind auf einem Formular in einer Summe zu  
bescheinigen. Zur Aufbringung dieser weiteren Rentenbeihilfe wer-  
de ab 1. August 1920 gültigen Versicherungsmarken zum doppelten  
Nennwert verkauft.

## Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckung.

Der Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen  
würde nach der Verordnung vom 16. 7. 1920 am 1. 1. 21 ablaufen.  
Durch ein in der Sitzung des Reichstags vom 17. 12. 1920 beschlos-  
senes Gesetz, dessen Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt bevorsteht,  
ist indessen dafür Sorge getragen, daß den Kriegsteilnehmern auch  
noch für ein weiteres halbes Jahr, also bis zum 1. Juli 1921 ein  
Schutz gegen Zwangsvollstreckungen zuteil wird. Die sachlichen Vor-  
aussetzungen für die Anwendung dieses Schutzes sind dieselben ge-  
blieben. Es tritt aber eine Aenderung des Verfahrens insofern ein,  
als vom 1. 1. 1921 ab die Vollstreckung gegen einen Kriegsteilnehmer  
nicht mehr der vorherigen Bewilligung durch das Vollstreckungsgericht  
bedarf, es vielmehr Sache des Kriegsteilnehmers sein wird, nach  
Beginn der Vollstreckung seinen Anspruch auf Gewährung des  
Schutzes durch Einspruch geltend zu machen.

## Nutzenreiches Wetter am Donnerstag u. Freitag.

Die Störungen dauern fort. Am Donnerstag und Freitag ist  
weiterhin nachts kaltes Wetter zu erwarten.

\*

Tübingen. In Anlehnung an das Heimstättengesetz vom  
10. Mai 1920 beschloß der Gemeinderat, eine Anleihe von  
300 000 M. aufzunehmen zur Förderung des gemeinnützigen Woh-  
nungsbaus auf bodenreformerischer Grundlage. Die Stadt  
überläßt zur Errichtung von Heimstätten städtisches Baugelände  
zum Durchschnittspreis von 2000 M. einschließlich des Anlieger-  
beitrags. Der Kaufpreis kann langfristig und niederverzinslich  
gestundet werden. Zu dem Reichsdarlehen von 18 000 M. für  
jede Wohnung gibt die Stadt ein 20 Jahre lang unverzinsliches  
Darlehen von je 6000-10 000 M. zu dessen Sicherstellung auf dem  
Baugrundstück zugunsten der Stadt eine sogenannte Beihilfe-  
Hypothek zu bestellen ist. Zur weiteren Erleichterung der Bau-  
vorhaben gewährt die Stadt dem Bauenden ein mit 2% zu  
verzinsendes Darlehen in Höhe bis zu 10 000 M. Ferner über-  
nimmt die Stadt die Kosten der genauen Feststellung der Flä-  
chenmaße der verkauften Bauplätze durch Vermessung, Vermar-  
kung und Aufstellung einer vorchriftsmäßigen Meßurkunde.  
Voraussetzung für alle diese Vergünstigungen ist, daß der Stadt  
zur Verhinderung jeglicher Spekulation das Vor- und Rückkaufs-  
recht bezüglich der ganzen Heimstätte zusteht, ferner der Bauende  
zur Bestreitung des Bauaufwands aus eigenen Mitteln einen  
Mindestbetrag von 6000 M. aufbringt und bei Vergebung der  
Bauarbeiten das ortsansässige Handwerk berücksichtigt. Auch  
dürfen in der Heimstätte weder eine Gastwirtschaft betrieben  
noch überhaupt geistige Getränke verkauft werden, ebenso sind  
lärmende und ehrenrührige Geschäfte in der Heimstätte unter-  
sagt. Zur Errichtung eines Versuchshauses im Februar 1921 hat  
der Gemeinderat der Architekturfirma Knecht bereits neben der  
Baufäche eine finanzielle Beihilfe in Aussicht gestellt. Diese  
Firma beabsichtigt, eine größere Reihe von Einfamilienhäusern  
im Ausmaß von 1,3 Ar pro Gebäude um den Preis von 47 000  
Mark zu erstellen.

(S.W.) Heilbronn, 27. Dez. (Preistreibeerei und Ketten-  
handel.) Durchsuchungen bei der Firma Josef Hüls hier förder-  
ten allerhand belastendes Material zu Tage. Es handelte sich  
hauptsächlich darum, daß zwischen Ein- und Verkaufspreisen in  
zahlreichen Fällen viel zu große Differenzen bestanden, ohne daß  
aber scheinbar die Verkaufspreise höher waren wie die der Kon-  
kurrenz. Obwohl die Inhaberin und ihr Geschäftsführer die  
notwendigen Auskünfte und Fakturenbelege zunächst verweigerten,  
war es einem Sachverständigen möglich, das Kennwort zu  
ermitteln und dadurch auch die Einkaufspreise festzustellen. So  
ließen sich z. B. bei Sweaters Spannungen bis zu 153% fest-  
stellen, Unterhosen, anscheinend Kommunalverbandsware, wur-  
den bei angeblich 11 M. Einkauf um 34 M. verkauft, Damenbein-  
kleider, die im Einkauf 19,50 M. gekostet haben, sollten über 40  
Mark einbringen. Frau Hüls ist bereits wegen Preistreibeerei  
und Kettenhandel verurteilt. Es ergab sich weiterhin, daß die  
bei der Firma beschäftigten Angestellten eine ganz minimale  
Bezahlung erhalten; vier Angestellte erhalten monatlich zu-  
sammen nicht einmal 700 M. Martin Hüls wurde vom Wucher-  
gericht zu 10 Tagen Gefängnis und 6500 M., seine Mutter zu  
10 800 M. Geldstrafe verurteilt.

(S.W.) Heilbronn, 27. Dez. (Schleichhandel an der würt-  
tembergisch-badischen Grenze.) Aus Freudenstein, O.A. Maul-  
bronn und zwei anliegenden Ortschaften waren 14 Personen we-  
gen Schleichhandels mit Fleisch angeklagt. Gegen 5 Ange-  
klagte, die nicht erschienen sind, muß später verhandelt werden.  
Der wegen Schleichhandels schon vorbestrafte Metzgermeister  
Karl Bauer hat in 13 Fällen Vieh ohne Erlaubnis nach Forz-  
heim geliefert, wo es sehr gut bezahlt wurde. Bauer wurde  
vom Wuchergericht deshalb zu 3 Wochen Gefängnis und 4600 M.  
Geldstrafe, der Metzger Andreas Heilmann von Tiefenbach zu  
5 Tagen u. 600 M., Friedrich Fried, Jaf. Barth u. Dav. Fried zu

je 830 M. Geldstrafe und Einzug des Uebererlöses verurteilt.  
Der Bauer Christian Bader erhielt 1530 M. Geldstrafe und hat  
1016 M. Uebererlös abzugeben, der Fleischbeshauer Kraus  
1000 M. Geldstrafe. Zwei weitere Angeklagte, die sich nicht um  
die Schlussscheine gekümmert hatten, kamen mit je 30 M. Geld-  
strafe davon.

(S.W.) Gmünd, 27. Dez. (Ertrunken - Brand.) Der  
10jährige Sohn Erich des Engelbert Braun in Leinzell, der sich  
auf das morsche Eis der Lein begeben hatte, brach ein und ertrank.  
Der Knabe wurde nach einer halben Stunde von seinem Vater  
geborgen. Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. - Am  
1. Abend brach in der Scheuer des Gipsers Max Müller in Mut-  
langen Feuer aus, das in kurzer Zeit die ganze Scheuer in Asche  
legte. Das Wohnhaus hat durch das Wasser sehr Schaden gelitten.  
Verbrannt sind außer dem Heuvorrat auch landwirtschaftliche Geräte.  
Die Entstehungsurache wird auf Kurzschluß zurückgeführt.

(S.W.) Reipberg O.A. Bradenheim, 27. Dez. (Einbruch.)  
Als am zweiten Weihnachtstiertag die Einwohner abends in der  
Kirche waren, wurde bei Heinrich Gräßle eingebrochen und 4100 M.  
gestohlen.

(S.W.) Adelsmannsfelden, 27. Dez. (Amerikaspende. -  
Neuwahl.) Karl Stiefel in Camden (Nordamerika) hat seiner  
Heimatgemeinde zur Unterstützung Minderbemittelter 19 000 Mark  
überwiesen. - Nach 11jähriger Amtstätigkeit hat Schultheiß Jenne-  
wein sein Amt freiwillig niedergelegt, um sich einer Neuwahl zu  
unterziehen.

(S.W.) Geislingen a. St., 27. Dez. (Bauernver-  
sammlung.) In einer Versammlung der Bauern des Bezir-  
kts sprach Abg. Körner zu verschiedenen Tagesfragen. Es  
wurde folgende Entschliessung angenommen: Eine von mehr als  
1000 Landwirten des Bezirks Geislingen besuchte Bauernver-  
sammlung hat bei Besprechung der Ausfertigung der Steuerer-  
klärungen gegen die vom Finanzamt Geislingen eingesetzten  
hohen Berechnungen des Ertragswertes Stellung genommen.  
Die Versammlung nahm Kenntnis von den genauen und zuver-  
lässigen Berechnungen der würt. Landwirtschaftskammer und  
entnimmt daraus, daß die für den Bezirk angelegten Sätze viel  
zu hoch sind. Die Landwirte verlangen eine neue Veranlagung  
und zwar auf der Grundlage der Berechnungen der Landwirt-  
schaftskammer. Sie werden, wenn diese neue Veranlagung nicht  
erfolgt, Einspruch erheben und fordern, daß die würt. Landwirt-  
schaft gleichmäßig und nicht schärfer und ungerechter als wie dies  
in anderen Bundesstaaten geschieht, behandelt werden.

## Sprechjaal.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen über-  
nimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben:  
Wohl den meisten, welche den Bericht in Nr. 302 über die Ver-  
treterversammlung der landw. Bezirksvereine in Horb gelesen haben,  
wird der überaus scharfe Ton der angenommenen Resolution auf-  
gefallen sein. Der Einsender dieses gehört zu denjenigen, welche  
jedem Berufsstand eine energische Vertretung wünschen. Wer je-  
doch, wie ich, die Landwirte in unserem Bezirk seit Jahrzehnten  
kennt, und täglich mit ihnen zu tun hat, der muß sich wundern, daß  
in der Resolution eine Tonart zur Anwendung kommt, die nur sehr  
wenigen eigen ist, und welche die meisten Landwirte direkt verur-  
teilen. Gewiß gibt es in jedem Berufsstand solche, welche ein  
radikale Tonart lieben, aber gottlob hat bei unserem Bauernstand  
der ruhige, sachliche Ton immer noch die Oberhand behalten. Es  
ist natürlich für einen Landwirt schon schwer, auf eine auf Stim-  
mungsmache berechnete Rede und eine dementsprechend einseitig  
vorgeschlagene Resolution in einer Versammlung zu erwidern. Nach  
anderen Mustern mit papierernen radikalen Resolutionen zu arbeiten,  
dürfte deshalb nur zur Folge haben, daß sich die ruhiger und sach-  
licher denkenden Landwirte, welche auf ein friedliches Zusammen-  
arbeiten mit der Regierung und den anderen Berufsständen hin-  
weisen, sich vom öffentlichen Leben mehr und mehr zurückziehen. Im  
Interesse der Allgemeinheit wäre dies sehr zu bedauern. Kaum  
denkbar ist es, daß die Regierung bei Festsetzung des Ertragswertes  
für das landw. Grundvermögen nicht auch landw. Sachverständige  
zu Rate gezogen hat. Mit der Vertretung in den Steueraussschüssen  
dürfte in unserem Bezirke die Landwirtschaft zufrieden sein. Eine  
ungeheure Erregung und Erbitterung über die Höhe des Reichsnot-  
opfers konnte bis jetzt bei den Landwirten in unserem Bezirk nicht  
wahrgenommen werden. Im Gegenteil ist, wie ich höre, schon der  
größte Teil derjenigen Opfer, welches uns leider die Not unseres  
armen Vaterlandes auferlegt hat, in unserem Bezirke beinahe  
reihungslös festgesetzt worden. Wenn man außerdem bedenkt,  
daß eine derartige Resolution geeignet ist, den gewiß nicht leichten  
Dienst der Steuerbeamten noch zu erschweren, so dürfte die Vordrin-  
gung von Wünschen der Landwirte von selbst andere Wege zeigen,  
denn Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse, haben unsere Steuer-  
beamten im Rahmen des Gesetzes überall genommen. Dies muß  
auch hier dankbar anerkannt werden. H.

Für die Schriftleitung verantwortlich:

J. B. Oberpraeceptor J. Baerle

Druck und Verlag der A. Olschlager'schen Buchdruckerei, Calw.

## Reklameteil.

# NIVEA

Vorbeugend, heilend, lindernd und kühlend  
bei spröder, rissiger Haut, Entzündungen,  
kleinen Verletzungen, Brandwunden und  
leichten Ausschlägen wirkt Nivea-Creme.

P. Beiersdorf & Co., G.m.b.H. Hamburg.  
Hersteller der Zahnpasta PEBECO.



Stadtgemeinde Calw.

### Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist in den Stallungen des Wäckermeisters Friedrich Pfommer, Adolf Reich, Landwirts und des Schenkwirts Schwämmle erloschen. Die über diese Ställe verhängte Sperrung ist deshalb aufgehoben.

Neu ausgebrochen ist die Seuche in der Stallung des Fabrikanten Erwin Sannwald hier. Sperrgebiet ist die Leinenbrücke und die Inselstraße vom Privatweg zur Leinenbrücke bis zur Weidensteige; Beobachtungsgeld ist wie seither die übrige Stadt.

Calw, den 28. Dezember 1920.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Wir geben hiemit unseren Abnehmern bekannt, daß der Verwaltungsrat in seiner letzten Sitzung die

## Strompreise

ab 1. Dezember 1920

wie folgt festgesetzt hat:

für Licht auf Mk. 2.20 für 1 KW.-Stunde

für Kraft auf Mk. 1.60 für 1 KW.-Stunde

für die Lichtpauschalen auf das fünffache der Friedenspreise.

Die Kraftpauschalen wurden neu geregelt, wobei die größeren Grundbesitze stärker herangezogen worden sind; diese treten schon

ab 1. November 1920 in Kraft.

### Der neue Stromtarif

ist bei den Schultheißenämtern und bei den Ortsagenten zur Einsicht aufgelegt.

Station Leinach, den 27. Dezember 1920.

Gemeindeverband Elektrizitätswerk Leinach-Station (G. E. L.)

### Unsere Kanzlei

ist am Freitag, den 31. ds. Mts., von morgens 8 Uhr bis nachmittags 1 Uhr geöffnet.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.

Calw, den 28. Dezember 1920.

### Dankagung.



Für die vielen Beweise wohlthuender Teilnahme, die mir beim Heimgang unserer lieben unvergeßlichen Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Freundin

## Therese Reißer

von allen Seiten erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen und die vielen Blumenpenden, die überaus zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, sagen mir auf diesem Wege unseren herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

## EUG. WILDBRETT

Homöopath u. Naturheilpraktiker

### BAD LIEBENZELL

Schillerplatz 76, Fernruf 29

Spezialbehandlung durch Heißluftbäder und Massage. Augendiagnose. Urinuntersuchung

Urin ist bei jeder Behandlung mitzubringen

Zwanzigjährige Praxis

Sprechzeit: Werktags 10 bis 12 Uhr vorm., 2 bis 5 Uhr nachmittags. Sonntags 10 bis 12 Uhr vormittags.

### Ausverkauf.

Verkaufe sämtl. Schuhwaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Gleichzeitig gebe ich bekannt, daß ich meine Preise für Reparaturen bedeutend herabgesetzt habe.

Fried. Furthmüller, Schuhgeschäft Stammheim

## Orts-Ausschuß Calw

Allgem. Deutsch. Gewerkschaftsbund.

Sonntag, den 2. Januar, nachmittags von 3 Uhr an in den Sälen des „Badisch. Hofes“



### Weihnachtsfeier

Musik-, Gesangsvorträge Theater, Gabenverlojung und Tanz, Wirkung des Gesangvereins „Concordia“ Calw.

Hierzu werden die Mitglieder sämtlicher Gewerkschaften mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen.

Der Ausschuß.

Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt. Kein Weinzwang.

Gestrickte

### Knabenanzüge

neu eingetroffen:

S. Daur, vorm. T. Schiler, Calw.

## 2 tücht. Provisions-Reisende

für Del, Fettwaren und Waschmittel für die Bezirke Calw, Nagold, Horb, Freudenstadt bei guter Provision sofort gesucht.

Schriftliche Angebote unter N. U. 304 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

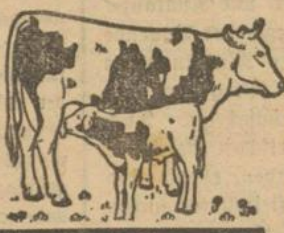
## Felle

für Leder wie Pelzfabrikation kauft zu den allerhöchsten Tagespreisen an Erich Maischhofer, Pforzheim moderne Tierausstopferei, Lindenstr. 52, Tel. 1501.

### Gärtringen.

Heute Mittwoch und morgen Donnerstag habe ich einen

### großen Transport



schöner hoch-trächtiger Kühe und Kalbinnen

in meiner Stallung zum Verkauf stehen, wozu Kaufliebhaber freundlichst einladet

Hermann Wolf.

### Warme Unterröcke

frisch sortiert

S. Daur, vorm. T. Schiler, Calw.

## R. V.

Abchiedsabend für ein Mitglied am Donnerstag, den 30. Dezember, abends 8 Uhr, im „Bürgerstübli.“ Mit Rücksicht auf den scheidenden Herrn wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Auf dem Weg nach Stammheim wurde eine **Damenuhr gefunden.** Näheres bei der Geschäftsstelle ds. Bl.

Echt

### Friedrichsdorfer

Zwieback (ohne Marken), von jetzt ab wieder stets frisch, empfiehlt

S. Erhardt, Konditorei, Liebenzell.

Auf 1. Hypothek **20 000 Mk.** gesucht.

Angebote unter L. R. 303 an die Gesch. ds. Bl. erbeten.

## Maisgries, Maismehl

in bester Qualität empfiehlt billigst Otto Jung.

### Defen Herde

Washkessel verkauft ab Lager zu den billigsten Preisen Eugen Lebzelter, Calw Lederstr. 119, Telef. 178.

Für sofort oder 15. Febr. wird ein 15-16 Jahre altes

## Mädchen

gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

## Einspanner-Leiterwagen

hat zu verkaufen. Christian Volz, Schmiedmeister, Hirfau.

### Drucksachen

liefert rich u. sauber die Druckerei dies. Blattes.

## Elisabet Dieterich Theodor Kraemer

Verlobte

Weilheim OA. Tübingen (Pfarrhaus)

Düren (Rheinland) Calw (Dekanat)

Dezember 1920.

## Wolldecken

billige Preise, bei

S. Daur, vorm. T. Schiler, Calw.

### Zum Jahreswechsel

empfiehlt sehr preiswert:

## Schreibwaren

für Geschäfts-, Schul- und Hausbedarf,

## Geschäftsbücher

in allen Arten und Ausführungen, Amerikanische Journale dauerhaft gebunden,

Briefordner, Schnellhefter, Verwahrmappen,

Kopierbücher, Ringbücher, Registerbücher,

Feine Postpapiere, Briefhüllen etc.

Kalender in großer Auswahl.

## Friedrich Häussler,

Buch- u. Papierhandlung, an der Brücke.

## Bettvorlagen

neue Auswahl

S. Daur, vorm. T. Schiler, Calw.

Hirfau.

## Läufer-schweine

4 Paar schöne platierteres

Chaisen - Geschirr.

D. D.

Ein zirka 140 Pfund schweres, zur Zucht geeignetes

## Mutter-schwein

verkauft Hermann Vetter, Geddingen.

Stammheim.

Ein Paar schöne, starke

## Läufer-schweine

hat zu verkaufen Gottlob Köller, Dreher.

## 1 Hochzeitskleid

(schwarz), einmal getragen sowie eine noch guterhaltene

## Nähmaschine

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

1 pol. Damenschreibstisch sowie

## 1 Plüschsofa

(beides gebraucht), zu verkaufen.

Karl Frey, Zimmerstr., Calw, Nonnengasse 138.

## Hier!

In den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit Überflüssig. Hausgerät zu verkaufen!



Fabrik-Niederlage bei Robert Ott, Calw.